

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Grundriss der sozialen Hygiene

Fischer, Alfons

Karlsruhe, 1925

b) Lebenshaltung

[urn:nbn:de:bsz:31-342002](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-342002)

werden. Hierauf hat A. Fischer schon 1913 mit Nachdruck hingewiesen. Seiner Ansicht trat jedoch insbesondere Pietsch, der Vorstand der Rechnungsabteilung des Reichsversicherungsamtes, entgegen. Das Reichsversicherungsamt hat aber dann (siehe Reichstagsdrucksache Nr. 144 vom 10. November 1915) selbst betont: „Es ist eine mehrfach beobachtete Erscheinung, daß die Wahrscheinlichkeit, invalide zu werden, im Laufe der Jahre gestiegen ist.“

Wenn Syrup und Ehrenberg zur klaren Erkenntnis der Ursachen des Altersaufbaues „exakte Untersuchungen mit tiefgehender Individualisierung“ fordern, so muß man ihnen unzweifelhaft zustimmen. Aber es läßt sich auf Grund unserer obigen Darlegungen auch jetzt schon folgendes zusammenfassend feststellen: Aus der Verminderung der Sterblichkeitsziffern der Gesamtbevölkerung darf nicht geschlossen werden, daß sich auch die Mortalität in allen Schichten der Lohnarbeiter, namentlich jenseits des 50. Lebensjahres, verringert hat. Der Altersaufbau der Erwerbstätigen zeigt keineswegs, daß sich die gesundheitliche Lage der Lohnarbeiter im allgemeinen gebessert hat. Man muß sogar eher annehmen, daß die Arbeiter in den letzten Jahren vor dem Kriege mehr als ehemals Gefahr liefen, frühzeitig invalide zu werden. Daß aber hierfür gerade die Erwerbsarbeit und insbesondere die Tätigkeit in bestimmten Berufen als Ursache im allgemeinen anzusehen ist, läßt sich aus dem vorliegenden Zahlenstoff nicht immer sicher nachweisen. Ein hygienischer Erfolg der Sozialversicherung, deren hoher Wert an sich durchaus gewürdigt werden soll, ist bei den großen Volksmassen nicht zu erkennen.

Die Vermutung liegt nun nahe, daß die Lebenshaltung der deutschen Lohnarbeiter, wenigstens in ihren Unter- und Mittelschichten, im Gegensatz zur Oberschicht, sich in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg nicht nur nicht verbessert, sondern eher verschlechtert hat. Oesterlen¹⁾ hat schon im Jahre 1876 darauf hingewiesen, daß bei Fabrikarbeitern „die Häufigkeit wie Schwere des Erkrankens samt der Sterblichkeit ungleich weniger mit der Ungesundheit ihrer Beschäftigung als mit der Kleinheit ihres Verdienstes gleichen Schritt hält“. Sollte unsere Vermutung zutreffen, so würde in der verschlechterten Lebenshaltung die Ursache dafür zu suchen sein, daß die körperliche Beschaffenheit der deutschen Arbeiter trotz der Sozialversicherung, die überdies vor dem Kriege noch besonders große Lücken zeigte, eine Einbuße erlitten hat. Wir müssen uns daher jetzt mit der Frage, wie sich die Lebenshaltung des deutschen Volkes in den letzten Jahrzehnten gestaltet hat, beschäftigen.

b) Lebenshaltung.

Die Lebenshaltung hängt von dem Verhältnis der Einnahmen zu den unvermeidbaren Ausgaben oder, wie man sich ausdrückt, von der Kaufkraft der Löhne ab.

Angaben, wie sich das deutsche Volk nach Einkommenklassen gliedert, wurden vom Reich vor dem Kriege nicht veröffentlicht. Wohl aber lagen entsprechende Mitteilungen aus einzelnen Bundesstaaten vor. So wurde aus Bayern für die Steuerperiode 1908/11 mitgeteilt, daß 68% aller Steuerzahler weniger als 1200 und weit über 50% sogar weniger als 1050 Mark Jahreseinkommen hatten. Auch in Sachsen belief sich bei fast der Hälfte aller Steuerzahler das Jahreseinkommen in den letzten Jahren vor dem Kriege auf nur 1250 Mark. Im Jahre 1910 zählte man in Baden 428 000 Steuerpflichtige, von denen 76 000 bis 1000, 171 000 bis 1500, 79 000 bis 2000 Mark Jahreseinnahme hatten.

Einheitliche Angaben über die Löhne im Deutschen Reich vor dem Kriege sind nicht vorhanden. Die Löhne schwankten je nach der Berufsart, der Örtlichkeit, der Geschäftslage und den persönlichen

¹⁾ Oesterlen: „Handbuch der Hygiene“, Tübingen 1876, S. 829.

Zuständen. Für manche Berufsarten, so für den Bergbau, das Bau-, Holzverarbeitungs-, Metallverarbeitungs- und Buchgewerbe sowie das Verkehrswesen, liegen statistische Mitteilungen vor, aus denen sich ergibt, daß in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege die Löhne sehr erheblich gestiegen sind, zumeist sich sogar verdoppelt haben. Es ist aber zweifelhaft, ob die Löhne das ganze Jahr hindurch oder nicht vielmehr nur zeitweise (Saisonarbeiter!) verdient wurden.

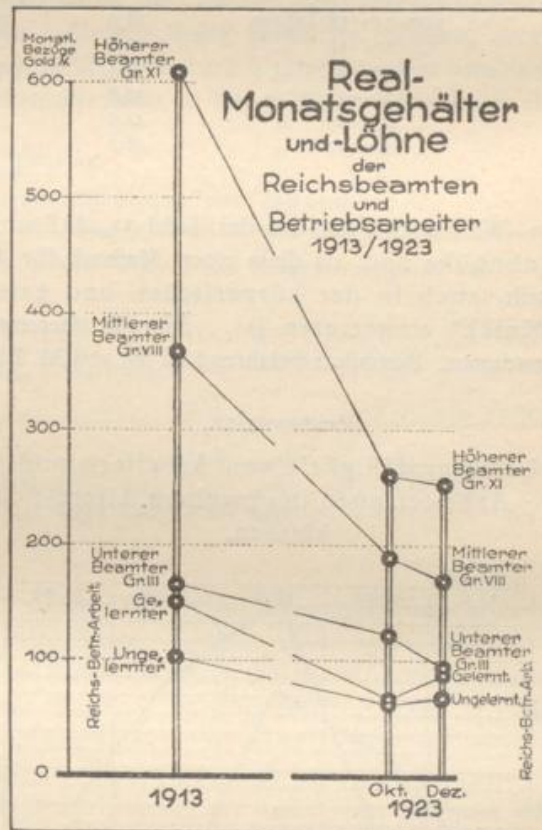
In und noch mehr nach dem Kriege trat im Deutschen Reich eine tiefgreifende Änderung in den Einnahmen aller Volkskreise ein. Die ungeheure Geldentwertung führte zu astronomischen Ziffern bei den Löhnen und Gehältern, denen jedoch immer noch höhere Summen, die für die notwendigsten Bedürfnisse erforderlich waren, gegenüberstanden. Übergehen wir diese Folgen einer durch und durch krankhaften Volkswirtschaft und betrachten wir die Verhältnisse, wie sie sich seit Oktober 1923 — seit dieser Zeit behielt das deutsche Geld am Dollar gemessen den gleichen Wert — entwickelt haben. Hierüber unterrichten uns die in der Zeichnung II enthaltenen Angaben.

In der Zeichnung II werden zwar nur die Gehälter und Löhne der Reichsbeamten und -arbeiter angeführt. Aber nach diesen Maßstäben richten sich im allgemeinen die Bezüge auch in den Gliedstaaten, in den Stadtverwaltungen und in vielen sonstigen Betrieben. Verglichen werden die Real-löhne, d. h. die Kaufkraft der Löhne, von 1913 mit den vom Herbst 1923. Man sieht, daß selbst die Löhne der ungelerten und gelernten Arbeiter, die auch schon 1913 niedrig waren, noch verringert wurden. Besonders übel sind jedoch die mittleren Beamten daran, die 1913 noch ein zufriedenstellendes Einkommen hatten, sich aber 1923 mit etwa

der Hälfte begnügen müssen, so daß ihre Bezüge jetzt nur um ein geringes die Löhne der gelernten Arbeiter von 1913 überragen. Verhältnismäßig am meisten gekürzt wurden die Gehälter der höheren Beamten, die früher eine wirtschaftlich gehobene Klasse darstellten, deren Einnahmen jetzt aber nicht viel größer sind als ehemals die Bezüge der unteren Beamten. In der letzten Zeit (Sommer 1924) sind allerdings die Gehälter erheblich erhöht worden.

Dazu kommt, daß zahlreiche Personen aus dem Mittelstand und auch aus der Oberschicht der Arbeiterschaft vor dem Kriege ein mehr oder weniger großes Kapitalvermögen besaßen, das jedoch mittlerweile in den meisten Fällen völlig entwertet worden ist.

Zeichnung II.



(Nach „Wirtsch. u. Stat.“ 1924 Nr. 2.)

Bei den Bezügen der Arbeiter ist nun noch zu berücksichtigen, daß die Löhne in den einzelnen Altersklassen oft erheblich voneinander abweichen. Hierüber liegen z. B. die in unserer Tafel 33 enthaltenen Angaben über die Löhne von 2431 Arbeitern der Maschinenfabrik Gritzner A.-G. in Durlach nach dem Stande vom Januar 1909 vor

Tafel 33.

Arbeiterlöhne nach Altersklassen.

In einer Stunde wurden durchschnittlich verdient . . . Pfennige im Alter

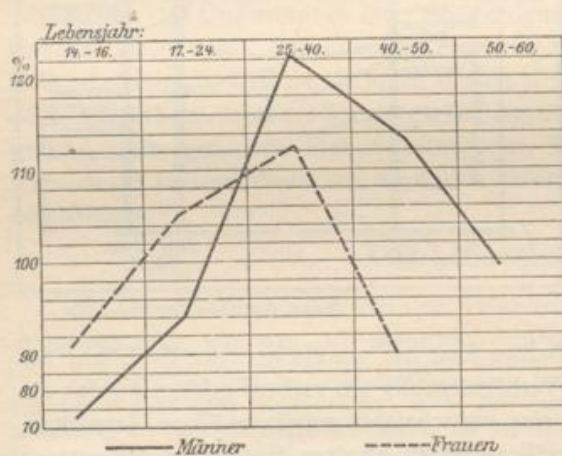
von 14—16 Jahren . . .	18,0	von 31—35 Jahren . . .	47,5
„ 17—18 „ . . .	26,6	„ 36—40 „ . . .	47,3
„ 19—21 „ . . .	34,5	„ 41—45 „ . . .	45,5
„ 22—24 „ . . .	39,8	„ 46—50 „ . . .	44,4
„ 25—27 „ . . .	44,9	„ 51—55 „ . . .	43,0
„ 28—30 „ . . .	46,1	„ über 55 „ . . .	37,8

(Nach „Reichsarbeitsblatt“ 1924 Heft 4.)

Wir ersehen also aus der Tafel 33, daß um das 40. Lebensjahr herum in der Lohnhöhe und, da diese einen Maßstab für die Leistungsfähigkeit der Arbeiter darstellt, auch in der körperlichen und geistigen Wertigkeit der Webersche „Knick“ eingetreten ist. Hiermit übereinstimmende Ergebnisse wurden vielfach gewonnen. Besonders belehrend ist die von M. Bernays veröffentlichte, in unserer Zeichnung 12 wiedergegebene Darstellung

Zeichnung 12.

Leistungsfähigkeit von Arbeitern und Arbeiterinnen in einzelnen Altersklassen.



(Nach M. Bernays.)

zu der Mahnung, daß das „laissez aller“ nicht in ein „laissez souffrir, laissez mourir“ ausarten dürfe. In demselben Jahre gab der Franzose Le Play²⁾ ein ähnliches Werk heraus.

¹⁾ Ducpetiaux: „Budgets économiques des classes ouvrières en Belgique“ 1855.

²⁾ Le Play: „Les ouvriers européens“, Paris 1855.

Es schlossen sich hieran dann entsprechende Arbeiten aus den Vereinigten Staaten von Amerika, England, der Schweiz und Dänemark. Besondere Beachtung verdient ein Aufsatz, den der sächsische Statistiker Ernst Engel¹⁾ in der von ihm geleiteten amtlichen Zeitschrift erscheinen ließ; er faßte die wichtigsten Ergebnisse jener Erhebungen zusammen und gelangte zu dem Satz, daß „je ärmer eine Familie ist, ein desto größerer Anteil von der Gesamtausgabe zur Beschaffung der Nahrung aufgewendet werden muß“. Diese Feststellung wird als Engelsches Gesetz bezeichnet. Die Zahlenangaben, denen das Gesetz entnommen wurde, sind in unserer Tafel 34 enthalten. Hierbei ist zu bemerken, daß zur 1. Gruppe ganz dürftige Arbeiterfamilien, die zum Teil durch öffentliche Wohltätigkeit unterhalten werden müssen, zur 2. Gruppe wenig bemittelte Familien, denen jedoch keine öffentlichen Unterstützungen zufließen, und zur 3. Gruppe soweit bemittelte Familien, daß sie hinsichtlich ihres Lebensunterhalts in keiner Weise von anderen abhängig sind, gehören.

Tafel 34.

Belgische Haushaltsrechnungen von Dupetiaux.

Arbeitergruppen	Von je 100 Frank Einnahmen rühren her					Von je 100 Frank Ausgaben kommen auf								
	vom Arbeitslohn				von sonstigen Quellen	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung usw.	Geräte usw.	Erziehung usw.	öffentl. Sicherheit usw.	Gesundheitspflege usw.	persönliche Dienstleistungen
	des Familienhauptes	der Mutter	der Kinder	überhaupt										
1. Gruppe	56,07	10,85	20,88	87,80	12,20	70,89	11,74	8,72	5,63	0,64	0,36	0,15	1,68	0,19
2. Gruppe	54,14	10,54	23,52	88,20	11,80	67,37	13,16	8,33	5,51	1,16	1,06	0,47	2,78	0,16
3. Gruppe	50,72	8,06	23,63	82,41	17,59	62,42	14,03	9,04	5,41	2,31	1,21	0,88	4,30	0,40

(Nach Ernst Engel.)

Zu einer ähnlichen Gesetzmäßigkeit auf dem Gebiet des Wohnungswesens ist dann der Berliner Statistiker H. Schwabe²⁾ 1868 gelangt. Er untersuchte das Verhältnis von Miete und Einkommen bei den Einwohnern Berlins und fand, daß die Ausgaben bei einem Jahreseinkommen von 1100 Taler für die Wohnung 27,54%, bei 1500 Taler 23,39%, bei 2000 Taler 20,56%, bei 3000 Taler 17,40%, bei 4000 Taler 15,12% und so fort, schließlich bei 10000 Taler nur 9,20% und bei 80000 Taler sogar nur 2,28% in Anspruch nahmen. So kam er zu dem Satz: „Je ärmer jemand ist, einen desto größeren Teil seines Einkommens muß er für die Wohnung verausgaben.“ Dies Ergebnis wird Schwabesches Gesetz genannt.

Wenn auch diese beiden wirtschaftlichen Gesetze, wie sich gezeigt hat, unter gewissen Umständen Einschränkungen erfahren, so besitzen sie doch im allgemeinen auch jetzt noch volle Gültigkeit.

Später sind dann in Deutschland und im Auslande vielfach groß angelegte Untersuchungen, die sich mit der Lebenshaltung der Arbeiter und anderer Volksschichten

¹⁾ Ernst Engel: „Die vorherrschenden Gewerbszweige in den Gerichtsämtern mit Beziehung auf die Produktions- und Konsumtionsverhältnisse des Königreichs Sachsen“, Zeitschrift des Statist. Bureaus 1857.

²⁾ H. Schwabe: „Das Verhältnis von Miete und Einkommen in Berlin“, Gemeindekalender und städt. Jahrbuch 1868.

befassen, durchgeführt worden. Besonders beachtenswert sind hierbei die Erhebungen des Kaiserl. Statist. Amtes¹⁾, des Deutschen Metallarbeiterverbandes²⁾ und des österreichischen Handelsministeriums³⁾.

Für die Arbeit des Kaiserl. Statist. Amtes wurden die Wirtschaftsrechnungen von 522 Arbeiter- und 218 Beamtenfamilien aus dem Jahre 1908 benutzt. Die gleichzeitig, aber unabhängig hiervon durchgeführte Untersuchung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erstreckte sich auf 320 Arbeiterfamilien, die mit besonderer Sachkenntnis ausgewählt und überwacht wurden. Die Ergebnisse der beiden Erhebungen, für welche Familien aus den verschiedensten Teilen Deutschlands herangezogen wurden, stimmen sehr gut überein; man darf daher annehmen, daß typische Familien untersucht worden sind. Aus den beiden genannten Veröffentlichungen führen wir die wichtigsten Angaben in unserer Tafel 35 an.

Tafel 35.

Einnahmen und Ausgaben im Haushalt von Minderbemittelten
im Deutschen Reich.

Art der Einnahmen bezw. Ausgaben	Durchschnittlich in Mark		Vom Hundert der Gesamtausgaben	
	nach der Erhebung		nach der Erhebung	
	des Kaiserl. Stat. Amtes	des Metallarb.- Verbandes	des Kaiserl. Stat. Amtes	des Metallarb.- Verbandes
Einnahmen:				
Verdienst des Mannes	1507,92	1485,04	82,2	80,0
Verdienst der Familienangehörigen	164,78	178,96	8,9	9,6
Sonstige Einnahmen	162,68	192,19	8,9	10,4
Zusammen	1835,38	1856,19	100,0	100,0
Ausgaben:				
Nahrung	955,06	975,42	52,0	53,4
Kleidung	204,67	235,11	11,2	12,9
Wohnung	312,52	264,09	17,0	14,5
Heizung und Beleuchtung	77,99	77,73	4,3	4,3
Sonstiges	284,82	272,93	15,5	14,9
Zusammen	1835,06	1825,28	100,0	100,0

(Nach Angaben des Metallarbeiterverbandes.)

Der Tafel 35 entnimmt man, daß das Durchschnittseinkommen der in Betracht gezogenen Familien für die Verhältnisse vor dem Weltkriege recht ansehnlich war. Trotzdem konnten, wie der Vergleich der Einnahmen mit den Ausgaben zeigt, Ersparnisse nicht erzielt werden. Dazu kommt, daß, wie die Tafel 35 ferner lehrt, 8,9 bzw. 9,6% der Einnahmen auf die Erwerbsarbeit von Familienangehörigen zurückzuführen sind; ohne die Löhne der Familienangehörigen wären diese Familien, bei gleichbleibenden Aus-

¹⁾ „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich“, 2. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“, Berlin 1909.

²⁾ „320 Haushaltsrechnungen von Metallarbeitern“, herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart 1909.

³⁾ „Wirtschaftsrechnungen und Lebensverhältnisse von Wiener Arbeiterfamilien in den Jahren 1912—1914“, Sonderheft zur „Sozialen Rundschau“ 1916, Wien 1916.

gaben, in Schulden geraten. Von dem Gesamtaufwand waren 52,0 bzw. 53,4% für die Ernährung, 17,0 bzw. 14,5% für die Wohnung erforderlich. Man erkennt sogleich, wie maßgebend die Gesamtausgaben von den Ernährungskosten beeinflusst werden. Je nach dem Anteil für die Ernährung gestaltet sich der für die übrigen gesundheitlichen Bedürfnisse und insbesondere für die Wohnung übrigbleibende Betrag. Gelänge es, die Ausgaben für die Ernährung zu verringern, d. h. hauptsächlich die Nahrungsmittelpreise zu verkleinern, so könnte die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen eingeschränkt und eine größere Summe für die Wohnung benutzt werden.

Zu bemerken ist noch, daß die österreichische Untersuchung, die sich auf die Rechnungen von 119 Wiener Arbeiterfamilien stützt, in allen wesentlichen Punkten zu denselben Ergebnissen gelangt ist wie die beiden soeben erörterten deutschen Erhebungen.

Während und nach dem Weltkrieg ist das frühere Bild der Haushaltrechnungen infolge der Hungerblockade, des Wohnungsmangels und der Geldentwertung stark verändert worden. Die schrecklichen Erlebnisse, die auf diesem Gebiet zu verzeichnen waren, zu schildern, kann hier unterbleiben. Wir geben in unserer Zeichnung 13 an, wie sich der Anteil der einzelnen Ausgabengruppen an den Gesamtlebenskosten im November 1923, wo der Wert des deutschen Geldes wieder beständig zu werden anfang, gestaltet hat, und wie sich inzwischen bis Februar 1924 das Verhältnis neuerdings etwas änderte. Man entnimmt der Zeichnung¹⁾ 13, daß man bis November 1923 einen gewaltigen Betrag für die Ernährung aufwenden mußte, während die Ausgaben für die Wohnung äußerst gering waren. Seitdem sind die Ernährungskosten nicht unwesentlich gefallen und die Mieten gestiegen. Die Zeichnung¹⁾ 14 lehrt, wie sich in der Zeit von November 1923

bis Februar 1924 die Kosten für die einzelnen Lebensbedürfnisse im Verhältnis zu den gesamten Lebenshaltungskosten 1913/14, wobei diese gleich 100 gesetzt werden, verändert haben. Wir erkennen, daß man als Miete zurzeit 33% des Friedenswertes bezahlt, daß aber die Ausgaben für die Ernährung und besonders auch für Bekleidung, Heizung und Beleuchtung jetzt noch weit höher sind als vor dem Kriege. Auch die Miene wird wohl im Herbst erheblich steigen. Diese Erhöhung der Ausgaben vergleiche man nun mit der in der Zeichnung 11 dargestellten Verminderung der Löhne und Gehälter.

Sehr lehrreich ist es, wenn man die Haushaltungskosten in Deutschland mit den in einigen ausländischen Staaten vergleicht. C. von Tyszka bietet hierfür einen

¹⁾ Die Angaben in diesen Zeichnungen sind auf Grund von Mitteilungen aus 72 deutschen Städten amtlich berechnet.

Zeichnung 13.



(Nach „Wirtsch. u. Stat.“ 1924 Nr. 3.)

Zeichnung 14.

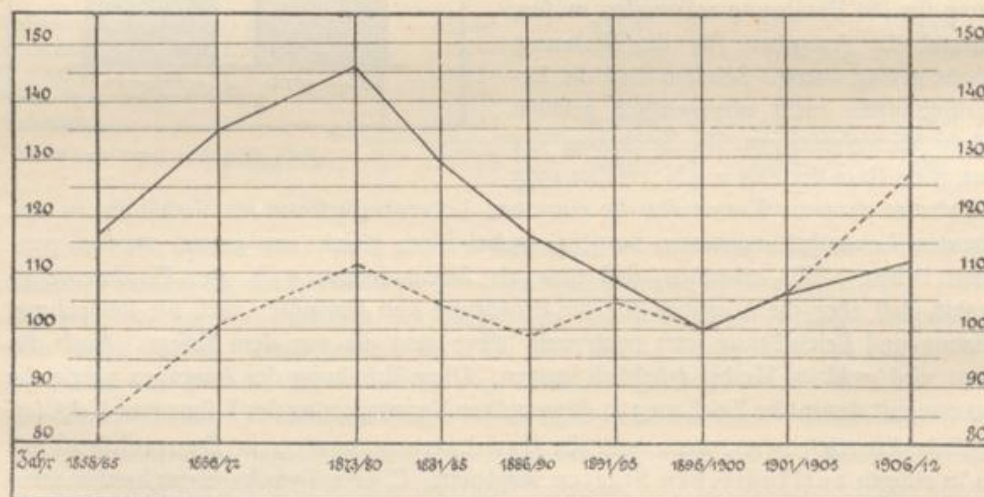


[Nach „Wirtsch. u. Stat.“ 1924 Nr. 4.]

Zahlenstoff, der sich auf englische, deutsche, französische, spanische und belgische Arbeiterfamilien erstreckt. Von seinen wertvollen Darlegungen, die er 1914 veröffentlichte, enthält unsere Zeichnung 15 die auf die Zeit von 1858/65 bis 1906/12 sich erstreckenden Angaben über die Haushaltrechnungen englischer und deutscher Arbeiterfamilien. Man erkennt deutlich, daß die Haushaltungskosten der deutschen Arbeiterfamilien bis 1873/80 weit geringer waren als die der englischen, daß sie sich dann immer mehr einander näherten, bis sie sich kreuzten, und daß seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die Ausgaben im Deutschen Reich größer geworden sind als in England. Tyszka faßt seine Ergebnisse folgendermaßen zusammen:

Zeichnung 15.

Haushaltungskosten englischer und deutscher Arbeiterfamilien 1858/65 bis 1906/12.



— Haushaltungskosten englischer Arbeiterfamilien.
- - - Haushaltungskosten deutscher Arbeiterfamilien.

[Nach C. v. Tyszka.]

„Zweifelloos war in früheren Jahrzehnten das Leben in Deutschland bedeutend billiger als in England. Deutschland war einmal ein äußerst wohlfeiles Land. Das änderte sich aber. Während auf dem Weltmarkte die Preise der Agrarprodukte fielen, während in England die Lebensbedingungen fortgesetzt günstigere wurden, fing das Leben in Deutschland an sich zu verteuern. Alles stieg im Preise, besonders die notwendigsten Lebensbedürfnisse verteuerten sich zum Teil ganz außerordentlich. Dazu trat eine enorme Steigerung der Bodenpreise in Stadt und Land. Deutschland verwandelte sich binnen wenigen Jahrzehnten aus einem billigen Lande mit günstigen Lebensbedingungen zu einem überaus teuren Lande, in welchem infolge der Preissteigerungen gerade der notwendigsten Lebensmittel, Fleisch und Brot, die Lebensbedingungen besonders des städtischen Bürgers und Arbeiters sich fortgesetzt verschlechtert haben. Deutschland ist heute vielleicht das teuerste Land in Europa.“

Die Verteuerung der Lebensmittel ist nun aber allein noch kein Beweis für die Verschlechterung der Lebenshaltung, wofern die Einnahmen entsprechend gestiegen sind. Tyszka untersuchte daher, wie die Reallöhne, welche die Arbeiter in einigen europäischen Staaten während der letzten Jahre vor dem Kriege erhalten haben, beschaffen waren, und kam zu folgenden Ergebnissen: Die Löhne (Nominallöhne) seien in der Zeit von 1870 bis 1910 am stärksten in Deutschland, immerhin beträchtlich auch in Frankreich, viel weniger in Großbritannien gestiegen; aber bei einem Vergleich der Bewegung der Reallöhne schneiden die deutschen Arbeiter weitaus am schlechtesten ab. Die außerordentliche Preissteigerung der Lebensmittel sei in Deutschland selbst durch die starke Lohnaufbesserung nicht wettgemacht worden. Die bedeutende Erhöhung der Lebenshaltung, welche die französischen Arbeiter aufzuweisen haben, sei jedoch sehr teuer erkauft, nämlich durch die infolge des Geburtenrückganges fehlende Bevölkerungszunahme. In England dagegen seien die Lebensbedingungen des Volkes hauptsächlich durch die fortgesetzte Ermäßigung der Lebenskosten verbessert worden, wozu die Lohnsteigerung als weiteres förderndes Mittel hinzugekommen sei.

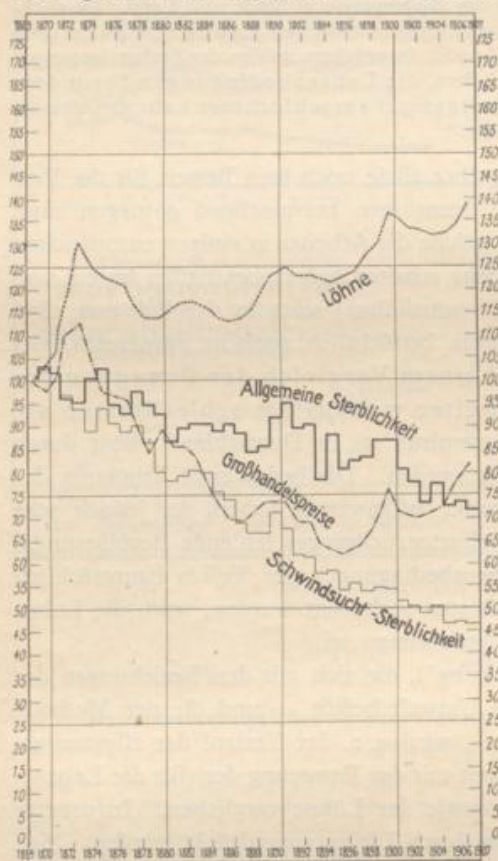
In einer englischen amtlichen Veröffentlichung¹⁾, die sich mit den Beziehungen der öffentlichen Gesundheitspflege zu der sozialen Umwelt befaßt — und die der Methode nach für Deutschland ein Vorbild sein sollte —, wird u. a. der Verlauf der allgemeinen Sterblichkeit sowie der Schwindsuchtssterblichkeit mit der Bewegung der (für die Lebensmittelpreise maßgebenden) Großhandelspreise sowie der Löhne verglichen. In unserer Zeichnung 16 sind die entsprechenden Angaben durch Linien ausgedrückt worden. Man sieht, daß die Löhne seit 1869 erheblich gestiegen sind. Gleichzeitig sind die Preise, abgesehen von der Entwicklung bis 1873, ständig bis 1885 gefallen; dann sind sie wieder etwas höher geworden, aber zuletzt (1907) sind sie immer noch verhältnismäßig so gering, daß sie nur 80% von den Preisen des Jahres 1869 betragen. Und in dem gleichen Maße, wie sich die Lebenshaltung in England gebessert hat, sind die Sterbeziffern im allgemeinen und besonders die Schwindsuchtszahlen kleiner geworden. Kann man noch daran zweifeln, daß es sich hier nicht nur um ein post hoc, sondern um ein propter hoc handelt?

Zu diesen Ergebnissen ist freilich mancherlei zu bemerken. Man wird zunächst A. Günther zustimmen müssen, wenn er auf die Schwierigkeiten, eine einwandfreie Statistik der Nominallöhne und besonders der Reallöhne zu erhalten, hinweist und betont, daß wir „von einer restlosen Erfassung des Komplexes der einschlägigen Fragen noch recht weit entfernt“ sind. Große Vorsicht ist daher, und namentlich bei internationalen Vergleichen, auf diesem vom Kampf der Ansichten umtobten sozialwirtschaftlichen

¹⁾ „Public health and social conditions“, herausgegeben vom Local Government Board, London 1909.

Zeichnung 16.
Lebenshaltung und Sterblichkeit
in England 1869—1907.

Die Ergebnisse von 1869 jeweils = 100 gesetzt.



(Nach Angaben des Local Government Board.)

für weite Volksschichten in Deutschland während der letzten Jahrzehnte vor dem Weltkriege gebessert hat. Darum sind ja auch bei uns die Sterblichkeitszahlen im allgemeinen und besonders die Ziffer der Tuberkulosesterblichkeit in dieser Zeit kleiner geworden. Wir sind jedoch hinter England zurückgeblieben (was ebenfalls noch in späteren Abschnitten darzulegen sein wird), weil unsere Handelspolitik schlechter war. Sodann muß nach unseren obigen Ausführungen bezweifelt werden, ob an den gesundheitlichen Erfolgen, die während der letzten Jahrzehnte vor dem Krieg in dem reich gewordenen Deutschland erzielt wurden, auch die Mittel- und Unterschichten der Lohnarbeiter im Hinblick auf die Steigerung der Lebenshaltungskosten erheblich beteiligt sein konnten.

Auf Grund der bereits dargebotenen Angaben, die in den späteren Abschnitten noch ergänzt werden, gelangt man zu der folgenden, das Gesundheitswesen maßgebend beeinflussenden Gesetzmäßigkeit: Die allgemeine Sterblichkeit und namentlich die

Gebiete gewiß erforderlich. Aber ich bin doch der Ansicht, daß die im Deutschen Reich vor dem Kriege durchgeführte Wirtschaftspolitik mit ihren hohen Getreidezöllen, die sich im Gegensatz zu den englischen Grundsätzen befand, die Lebenshaltung verteuert und dadurch die Gesundheit erheblich geschädigt hat. Schon Oesterlen hat 1865 im „Handbuch der medizinischen Statistik“ vorausgesagt: „Je teurer das Brot, um so mehr erkranken und sterben.“ Im gleichen Sinn äußerte sich Ed. Reich 1870 in seinem „System der Hygiene“: „Will man eine Bevölkerung glücklich und gesund erhalten, muß man zunächst Teuerung und Hungersnot verhüten.“ Und daß Friedrich Naumann¹⁾ recht hatte, als er schrieb: „Was helfen unsere neuen, peinlich sauberen Lungenheilstätten, solange wir die Ernährung der Proletarier erschweren? Der Bazillus weicht dem besseren Brote Mit dem billigeren Brote werden die Lungen freier und stärker“, werden wir in dem Abschnitt „Nahrungswesen“ noch zu schildern haben. Unsere Getreidezollpolitik war, vom Standpunkte der Volksgesundheit aus betrachtet, ein Fehler. Aber es soll nicht geleugnet werden, daß sich trotz dieser Politik die Lebenshaltung

¹⁾ Fr. Naumann: „Das blaue Buch von Vaterland und Freiheit“, Königstein im Taunus 1913.

Schwindsuchtssterblichkeit verlaufen, von Besonderheiten abgesehen, im gleichen Sinne wie die Bewegung der Lebensmittelpreise und im umgekehrten Sinne wie die Bewegung der Reallöhne.

Aber wie auch immer man die Zustände vor dem Kriege beurteilen mag, sicher ist, daß man jetzt nach dem Kriege tiefgreifende Maßnahmen, soweit sie irgend durchführbar sind, anwenden muß, um die jetzige wirtschaftliche und gesundheitliche Lage weitester Volkskreise, zu denen gegenwärtig auch zahlreiche Familien des früheren Mittelstandes gehören, zu verbessern. Daß hierbei die Niedrighaltung der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel im Vordergrund stehen muß, kann nun wohl nicht mehr zweifelhaft sein.

Schließlich wären noch zwei Fragen hier zu erörtern. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß auch die Regelung der Arbeitszeit für die Lebenshaltung und Gesundheit von großer Bedeutung ist. Aber hierauf kommen wir erst in dem Abschnitt „Erholung“ im allgemeinen und, soweit es sich um Nacharbeit, um Frauenarbeit sowie um Arbeit von Kindern und Jugendlichen handelt, in den Abschnitten „Arbeiter“, „Schulkinder“ und „Jugendliche“ zu sprechen. Dagegen soll über die Arbeitslosenfrage bereits an dieser Stelle einiges angeführt werden.

Arbeitslosigkeit wird verursacht durch wirtschaftliche Kämpfe — Streiks, Aussperungen — oder durch wirtschaftliche Krisen. Vom Standpunkte der Volksgesundheit aus ist die Ursache der Arbeitslosigkeit von untergeordneter Bedeutung; die Not der Beschäftigungslosen und die aus der wirtschaftlichen Lage zu erwartenden gesundheitlichen Gefahren der Betroffenen sind unter allen Umständen Gebiete, denen der Sozialhygieniker seine Aufmerksamkeit zuwenden muß. Aber ganz besonders wird man sich mit denjenigen, die infolge einer Krise unverschuldet um ihr Brot gekommen sind, zu befassen haben; für sie gilt das Wort von Carlyle¹⁾: „Ein Mann, der gern arbeiten möchte und keine Arbeit finden kann, ist vielleicht der traurigste Anblick, den uns die Ungleichheit des Glückes unter der Sonne sehen läßt.“ In der Tat, es gibt nichts Traurigeres, als zu sehen, daß zahlreiche Familien, die selbst bei angestrengter Arbeit des Ernährers und mithelfender Angehöriger nur gerade noch so viel einnehmen, daß sie die Kosten für den Lebensunterhalt bestreiten und gesund bleiben können, auf das geringfügige Arbeitslosengeld angewiesen sind. Da muß oft genug geduldet und gehungert werden. Die Folgen hiervon werden wir noch in dem Abschnitt „Nahrungswesen“ zu schildern haben. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß gewisse Schädigungen sich nicht nur bei den Arbeitslosen selbst zeigen; die ganze Arbeiterschaft fühlt, wie das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit über ihr schwebt. So entsteht jene Gereiztheit, die man häufig bei Arbeitern findet.

Auch schon vor dem Kriege war zeitweise, insbesondere bei manchen Berufsarten, wie im Bau- oder Bekleidungsgerwerbe, die Zahl der Arbeitslosen recht groß. Aber diese Zustände sind noch als erträglich zu bezeichnen im Verhältnis zu der Not, die im Anschluß an den Krieg um sich griff. Nach Angaben²⁾ des Reichsarbeitsministers war im Dezember 1923 ungefähr ein Drittel der erwerbstätigen Arbeitnehmer Deutschlands ohne Arbeit. Im unbesetzten Gebiet allein wurden am 1. Dezember 1923 fast 1½ Millionen Vollerwerbslose und nahezu 2 Millionen Kurzarbeiter gezählt; die Vollerwerbslosen im besetzten

¹⁾ Thomas Carlyle: „Arbeiten und nicht verzweifeln“, Auszüge aus seinen Werken, übersetzt von Kühn und Kretzschmar, S. 43, Düsseldorf bei K. R. Langewiesche.

²⁾ Siehe: „Not. Bilder deutschen Lebens“, herausgegeben vom deutschen Roten Kreuz, Berlin 1924.

Gebiet wurden auf 2 Millionen geschätzt. Rechnet man zu diesen Erwerbslosen die Angehörigen hinzu, so wurden etwa 15 Millionen Personen durch die Arbeitslosigkeit betroffen. Daß sich auch in ausländischen Staaten nach dem Kriege zeitweise eine umfangreiche Erwerbslosigkeit zeigte, kann für uns kein Trost sein. Auch die in Deutschland nach dem Kriege eingeführte staatliche Erwerbslosenfürsorge kann, obwohl sie gewaltige Summen kostet, niemals einen hinreichenden Ersatz für den vollen Lohn bieten. So sind infolge der weitverbreiteten und langdauernden Arbeitslosigkeit in den vielfach schon zuvor unterernährten deutschen Volkskreisen weitere schwere Gesundheitsschädigungen zu erwarten. Erfreulicherweise hat sich aber im Januar 1924 die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter bereits wieder bedeutend verringert.

So trübe viele Bilder, die wir hier vorführten, aussehen, wir dürfen die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht aufgeben. „Wir heißen euch hoffen“, ruft uns Göthe zu; und so wollen wir arbeiten und nicht verzweifeln.

Literatur: 1. Gerh. Albrecht: „Haushaltungsstatistik“, Berlin 1912. — 2. M. Bernays: a) „Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie“, Schriften d. Ver. f. Sozialpol. Bd. 133, Leipzig 1910; b) „Zusammenhang von Frauenarbeit und Geburtenhäufigkeit in Deutschland“, Berlin 1916. — 3. A. Bluhm: „Hygienische Fürsorge für Arbeiterinnen und deren Kinder“, Weyls Handb. d. Hyg. 2. Aufl. Bd. VII Allg. Teil, 1. Abt., Leipzig 1914. — 4. M. Epstein: „Die Erwerbstätigkeit der Frau in der Industrie und ihre sozialhygienische Bedeutung“, Frankfurt a. M. 1901. — 5. Feig: „Statistik des Arbeitslohnes und der Lebenshaltung“, Art. in „Die Statist. in Deutschl.“, herausgegeben von Fr. Zahn, München 1911. — 6. A. Fischer: a) „Vermißte Folgen der deutschen Sozialversicherung. Ein Beitrag zu der Frage: Schreitet die physische Verelendung der deutschen Arbeiterbevölkerung fort?“, Jahrb. f. Nationalökonom. und Stat. Bd. 46 Heft 5 (1913); b) „Invaliditätsbedingungen und Invaliditätsursachen“, Veröff. a. d. Geb. d. Medizinalverw. 1914 Bd. III Heft 10. — 7. A. Groth: a) „Über den Einfluß der beruflichen Gliederung des bayerischen Volkes auf die Entwicklung der Sterblichkeit und Fruchtbarkeit der letzten Jahrzehnte“, Arch. f. Hygiene 1912 Bd. 77; b) „Arbeiterversicherung und Volksgesundheit“, Allg. Stat. Arch. 1914 Bd. 8 Heft 1. — 8. A. Günther: „Das Problem der Lebenshaltung“, Vorträge d. Gehe-Stiftung, Leipzig 1914 Bd. 5 Heft 3. — 9. „Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse in der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend“, Berlin 1910. — 10. H. Lundborg: a) „Rassenbiologische Übersichten und Perspektiven“, Jena 1921; b) „Der Einfluß der Industrie a. d. Rasse und Volksgesundheit“, Arch. f. soz. Hyg. und Demogr. 1921 Bd. 14 Heft 4. — 11. K. Oldenberg: „Die Konsumtion“, Abhandl. in „Grundriß d. Sozialökonomik“ Abt. II Teil I, Tübingen 1923. — 12. G. Pietsch: „Vermißte Folgen der deutschen Sozialversicherung“, Zeitschr. f. d. gesamte Versicherungswissensch. 1914 Bd. 14 Heft 3. — 13. W. Schöff: a) „Zur Methode und Technik der Haushaltungsstatistik“, Annalen f. soz. Politik u. Gesetzgeb. 1913 Bd. III Heft 1 und 2; b) „Die österreichische Erhebung über Wirtschaftsrechnungen und Lebensverhältnisse von Wiener Arbeiterfamilien, Methode und Ergebnisse“, Allg. Stat. Arch. 1916/17 Bd. 10. — 14. Fr. Syrup: „Der Altersaufbau der industriellen Arbeiterschaft“, Arch. f. exakte Wirtschaftsforschung (Thünen-Arch.) 1915 Bd. VI; dazu „Bemerkungen über Bedeutung und Methoden solcher Untersuchungen“ von R. Ehrenberg, ebenda 1915 Bd. VI. — 15. C. v. Tyszka: „Löhne und Lebenskosten in Westeuropa im 9. Jahrh.“, Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik Bd. 145, München 1914. — 16. W. Weichardt und Th. Steinbacher: „Familiengeschichtliche Erhebungen in Kreisen gelernter Industriearbeiter Mittelfrankens“, Münch. med. Wochenschr. 1922 Nr. 22. — 17. A. Weber: „Das Berufschicksal der Industriearbeiter“, Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. 1912 Bd. 34 Heft 2. — 18. K. Winkelmann: „Gesundheitliche Schädigungen der Frau bei der industriellen Arbeit“, Jena 1914. — 19. Fr. Zahn: „Die Frau im Erwerbsleben der Hauptkulturstaaen. Ein Beitrag zur Statistik des Frauenerwerbes“, Allg. Stat. Arch. 1914 Bd. 7 Halbbd. 2.

3. Nahrungswesen.

Eine wie überragende Bedeutung Ed. Reich unter allen Teilen der Hygiene dem Nahrungswesen zugesprochen hat, bekundete er mit folgenden Worten: „Die Dauer des Lebens ist ein Maßstab für die Beurteilung der Ernährung einer Bevölkerung, und